

raubte sie des Vorwandes, jederzeit in Deutschlands innere Verhältnisse einzutreten. So z. B. beklagt sich gestern das "Echo de Paris" über die deutsche Luftschiffindustrie; hier wäre eine Lücke im Friedensvertrag. Deutschland hätte nun bald die Möglichkeit, beliebig viel Flugzeuge zu bauen, die sich im Handumdrehen zu einer militärischen Waffe umändern ließen. Deutlich schmieret da der Wunsch durch, daß es Frankreich gegenüber sei, jederzeit einzutreten und bestimmte Vorschüsse zu machen. Man will den Kriegszustand verhängen, und da dies rechtlich nicht anders geschehen kann, zieht man dem Vertrag einen offenen Krieg vor. Nur durch beständigen Kriegszustand kann Frankreich seine gegenwärtige politische und militärische Überlegenheit wahren; sobald die Völker wieder in freien Wettkampf treten, muß es notwendigerweise den Vorrang anderen überlassen. Geradezu vernichtend sind beispielweise die Teilergebnisse der allgemeinen Volkszählung; in allen Departements ist ein gewaltiger Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, sogar Paris hat nicht zugestanden; nun aber wird Europa sich auf die Dauer nicht befreien lassen von einem 36-Millionen-Volk, das zudem den leichten Landsmann — nebst vielen Fremden — innerhalb seiner Landesgrenzen hat.

Die März-Urufen vor dem preußischen Landtag

Der preußische Landtag hat am Donnerstag seine Sitzung wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation über die kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland.

Abg. Groß-Anholt (Dnat.) begründete die Interpellation. Er schreibt u. a. aus: Die Organe des Oberpräsidiums der Provinz Sachsen hätten zum Teil den Aufruhr geduldet, zum Teil begünstigt, oftmals aber die Eingriffe der Schahpolizei verhindert. Die Maßnahmen gegen die Aufrührer seien, auch nachdem die Polizeikaktion eingeleitet worden war, nur höchst mangelhaft durchgeführt worden. Ganz besonders auffällig sei bei diesem Aufruhr gewesen, daß fremdschwämische Hölzer eine so große Rolle spielen durften. Der schwere Vorwurf, den man dem Minister Seevering machen müsse, sei, daß er das Eindringen der Reichswehr verhindert habe. Das ganze Zustandekommen des Aufruhrs und die Geschichte seiner Unterdeckung sei eine einzige Anklage gegen das Ministerium des Innern.

Abg. Oberlein (V. d. P.) richtete seine Angriffe gegen das Ministerium Seevering hauptsächlich wegen der Errichtung der Sondergerichte. Die kommunistische Partei lehne jede Verantwortung für die Aktionen in Mitteldeutschland ab. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Forderung an das Proletariat: "Auf zu neuem Kampf!"

Abg. Krämer-Potsdam (Soz.) beantragte die Befriedrung der Sondergerichte auf die Bezirke, in denen der Ausnahmezustand verhängt worden ist. Er verteilte den angegriffenen Minister Seevering gegen den Vorwurf der Provokation des kommunistischen Aufruhrs. Die Reichspolizei hofft, das Verhalten der Kommunisten herausgeföhrt, um noch niedergeholstes Linkspolitisch ihren eigenen Putsch sofort anzuleiten zu können. Die Schahpolizei sei ihrer Aufgabe durchaus gewachsen, ein Einsehen der Reichswehr war daher durchaus erforderlich. Die weiße Mäßigung der Polizei habe wesentlich dazu beigetragen, das Müttergeschenk auf beiden Seiten zu verhindern. Auf die Angriffe gegen den sozialdemokratischen Minister von rechts und links antwortete er nur: "Sie pflichteten die neue Regierung." Gegen die Führer der Kommunisten richtet Abg. Krämer schwere Angriffe wegen ihrer Juridikaltung vom eigentlichem Kampfplatz. Sie hätten alle vom schweren Tod aus der Bewegung gelebt und geschafft.

Abg. Kleinpohl (U. S. P.) verwarf die Politik der Kommunisten, die immer wieder mit Leben und Erfolg vieler laufender kritischer Arbeiter gegenwärtiges Recht experimentieren. Wenn auch die Technik der Reaktionen den Kommunisten erst die Mittel zum Aufstand geliefert hat, so müßten diese doch das Müttergeschenk ihres Aufstands vorziehen. Die U. S. P. verurteilte daher die Aktionen der Kommunisten als ein Verbrechen.

Präsident Lehmann gab bekannt, daß der Antrag Oberleins, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, nicht genügend unterstützt sei. Der Antrag wurde daher gegen Widerspruch der Kommunisten von der Tagesordnung gestrichen. Die Fortsetzung der Beratung über die mitteldeutschen Unruhen findet in der Montagssitzung, die um 12 Uhr beginnt.

Mandatsverzicht Adolf Hoffmanns

Berlin, 14. April. (Eigener Bericht.) Der kommunistische Abgeordnete Adolf Hoffmann hat sein Mandat zum Landtag niedergelegt. Damit scheidet aus dem preußischen Abgeordnetenhaus eines seiner ältesten und populärsten Mitglieder aus. Die Gründe zur Mandatsniederlegung Adolf Hoffmanns sind rein persönlicher Natur. Er erklärt, daß er zu sehr mit Arbeit überlastet sei. Sein Reichstagstaat und damit Hoffmann jedoch weiter bestehen müssen.

Die WTB hierzu erläutert, daß die Mandatsniederlegung ihren Grund darin, daß nach einem Besluß der kommunistischen Fraktion kein kommunistischer Abgeordneter zwei Mandate innehaben darf.

Armbändchen

Von Hans Reimann.

Armbändchen werden von Säuglingen getragen. Manchmal stehen diese Säuglinge schon im dreitümigen Alter, aber Säuglinge sind sie dennoch. In vorliegender Skizze handelt es sich jedoch um die Armbändchen eines weiblichen Säuglings, und zwar um die Armbändchen der Frau Liesbeth Junk, das heißt: nicht um Frau Junks Armbändchen, denn Frau Junk, das liegt schon der Name, ist längst kein Säugling mehr, sondern war es vor zwanzig Jahren, aber das geht und hier nichts an. Aufgemacht nun also!

Die junge Frau Junk erwartete ihr erstes Kind.

Frau Junk hat eine Freundin, die junge Frau Wöckel. Erna Wöckel. Das heißt: Frau Wöckel und Frau Junk sind vor Jahr und Tag gemeinsam von der Schuhbank gedrückt worden. Also Schuhfreundinnen. Das heißt: als sie noch Mädchen waren. Freundinnen — hm, ja, das gibt es nicht unter Frauen. Die besten Freundinnen sind hinterher Röcken die argsten Spinnfreundinnen. Das Wort Freunden — das heißt bei Frauen — ist etwas ähnlich wie der Schokoladenüberzug bei einem Baudornmittel. Frau Junk und Frau Wöckel sind natürlich auch keine Freundinnen. Aber sie tun so, als wären sie es. Lebhaft erwartet auch die junge Frau Wöckel ihr erstes Kind, und das verteilt der eingebildete Freundschaft einen gewissen Haft. Außerdem haben die Junken und die Wöckeln einander monatelang nicht gesehen, und das erhält die Freundschaft frisch. Wie nun die Junken die Wöckeln wiedersehn, nimmt sie die Aufforderung, ihr in die Wohnung zu folgen, an und zieht mit, und die Wöckeln zieht der Freunde alles, was sie an Vorbereitungen für das fröhliche Ereignis gefordert hat; jetzt ist die Stoffkissen, und die Bettchen und die Hemden und die Lätzchen und die übrigen Dinge mit einem "heu". Für Babes und solde, die es werben wollen. Das zeigt sie der Liesbeth. Und Liesbeth befürwortet das alles. Und wie sie das alles beschreibt und, als wäre es ihr eigen, im Vorhang häuslicher Sehnsucht durch die Finger gleiten läßt, da findet sie auch ein Paar Armbändchen, der Wöckeln gehörliche Armbändchen.

"Wiedlich!" schreit sie — und nun das sofort ebenfalls haben. Sie erkundigt sich, wie solche Reitchen gemacht werden.

"Wiedlich" werden die, antwortet Erna, das bringt du bestimmt fertig! Liesbeth ist nämlich im Haushalt und in wirtschaftlichen Fragen nicht eben auf der Höhe. Ach, sie ist sie wohl, und den guten Willen hat sie ganz gewiß. Aber sie hängt alles beim verkehren Ende an und treut sich nichts. Weil sie sich in Küchenangelegenheiten ansieht, hat sie ein volles Jahr lang jeden Mittag Kartoffelpuffer gemacht, das einzige, was sie perfekt beherrschte. Auch sonst. Zum Aufstecken hat sie keinen Trickster und kein Gesch. Das ist allmorgens das gleiche Eisen und ein ewiger Berger. Handarbeiten liebt sie schwärmerisch,

Die Sanktionen und die Tschechei

Das Prag wird uns geschildert:

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, ob die Tschechoslowakei sich an den Strafaktionen gegen Deutschland beteiligt. Doch es muß festgestellt werden, daß in tschechischen Kreisen blauer Regierung bestrebt ist. Der tschechische Chauvinismus legt sich wie ein rotes Nebel vor die Augen der Tschechen und verbunkert ihren Blick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Ja, man geht so weit, die Beteiligung an den Sanktionen als ein Geschenk der Wirtschaft ist hinzugefügt. Die "Prager Presse" behauptet zwar, daß bei Nichtbeteiligung Polen und Jugoslawien der Tschechei den Abschmack parten könnten und daß die Industrie der Tschechei durch die Sanktionen ein erwünschtes Übergewicht über die tschechische Industrie erlangen. Diese Worte beziehen sich nur auf jenen Teil der tschechischen Industrie, die nach dem Osten exportiert, während die übrige Industrie, die einerseits von Deutschland Rohstoffe importiert, andererseits nach Reichsdeutschland exportiert, durch die Beteiligung an den Sanktionen auf das schwere Gefecht geraten wird. Es muß aber leider auch gesagt werden, daß ein Teil jener deutschen Industrie, die sich wirtschaftliche Vorteile von den Sanktionen gegen Deutschland erhofft, die tschechische Regierung in ihrem Vorhaben noch bestärkt.

Die Tschechei hat auf jeden Fall alle Vorbereiungen zu einem Vormarsch gegen Reichsdeutschland getroffen. Insbesondere scheint Oberschlesien für etwaige militärische Operationen in Betracht gezogen zu werden, und zwar die Kreise Löbau und Ratibor, dann Görlitz, Habelschwerdt und Ziegendorf. Die Tschechen befürchten jedoch, daß ihnen Polen entgegentreten könnte. Nach den militärischen Operationen denkt man auch an jüdische wirtschaftliche Natur.

Die deutsche Politik, die sich bisher in parlamentarischen Protesten erschöpft, steht nun vor neuen Aufgaben. Es ist ausgeschlossen, daß die Tschechen gegen den Willen von dreitausend Millionen Deutschen es wagen könnten, ernstlich gegen das Deutsche Reich vorzugehen, wenn auch die französische Presse behauptet, daß die Tschechei sich an den Sanktionen beteiligen werde. Jetzt gilt es für die deutsche Politik, zu zeigen, ob sie ein Machtfaktor im öffentlichen Leben der Tschechei ist oder ob sie sich selbst ausschließen will. In großen Kundgebungen müßten die Deutschen in allen Städten gegen eine Beteiligung der Tschechei demonstrieren, und der tschechischen Regierung müßte deutlich klar gemacht werden, daß ihr abenteuerliches Vorhaben auf den entschlossenen Widerstand aller

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalistische Arbeiterpartei, deren Reichskonferenz am 10. April in Dresden zusammengetragen und die einstimmig den Beschluß fügte, dem parlamentarischen Verbande nahezulegen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft, jenseitslich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, ja selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der ausdosierte nationalen Pflichtbewußtsein vorgebrachte Appell an das deutsche Volk stichlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den nationalrevolutionären Parteien zu bilden. Die Kundgebungen müßten die Deutschen in allen Städten gegen eine Beteiligung der Tschechei demonstrieren, und der tschechischen Regierung müßte deutlich klar gemacht werden, daß ihr abenteuerliches Vorhaben auf den entschlossenen Widerstand aller

A. S.

Ausweichende Erklärungen Beneschs

Prag, 15. April. Am gestrigen Donnerstag fand im Ministerium des Auswärtigen eine beachtenswerte Sitzung statt, in der der Minister Dr. Benesch über die Sanktionen sprach. Nach dem Wortlaut der Erklärungen des Ministers scheint noch keine volle Klarung über das Verhalten der Tschechoslowakei zu bestehen. Minister Dr. Benesch sagte:

In Bezug auf den bevorstehenden 1. Mai, wo die Eröffnungen stattfinden sollen, mag die Tschechoslowakei auf wichtige Ereignisse vorbereitet sein, die eintreten könnten, wenn es wirklich zu einer neuen Konferenz kommen oder wenn die Entente zu neuen Maßnahmen scheinen sollte, welche noch der Rede des Ministerpräsidenten Brundt vorbereitet werden. Neben die Art dieser neuen Vorschläge kann man sich heute schwer aussprechen. Was die Ergebnisse in Magyarn angeht, so meinte der Minister, daß diese auf die inneren Verhältnisse Magyars lange einwirken werden. Schon heute besteht eine politische Krise in Ungarn, welche lange andauern wird. Die Tschechoslowakei muß die Gegebenheiten scharf im Auge behalten, um auf alles vorbereitet zu sein.

In der Debatte sprach sich der kommunistische Abgeordnete Sakalik über die Unklarheiten der Neuerungen des Ministers Dr. Benesch aus in bezug auf die Sanktionen. Er fragte, insbesondere die Tschechoslowakei in der Sanktionsfrage frei handeln könnte und ob die Tschechoslowakei sich dem Druck des Reichsverkehrsministeriums unterwerfen könnte. Er erklärte im Namen der kommunistischen Partei, daß er gegen jedwede Sanktionen sei.

Die deutschfreudlichen Abgeordneten Lodemann und Kafka sprachen sich ebenfalls scharf im Namen der tschechoslowakischen

Aber sie kann keine. Bloß Kreuzstück. Diese Technik verwendet sie zur Ausbildung von Loskoppen. Die bekommen alles etwas Schönes aufgestickt. Meist Schornsteinfeger. Und hökeln kann sie auch. Allerdings nur die unterste Stufe dieser Kunst: feine und Luftmaschen. Das ist alles. Der Westerleitungsbahn ist nicht direkt, bloß und hökeln daran. Hauptsatz durchgerostet. Repariert wird nichts. Aber Schlier kann sich Liesbeth jede Woche einen neuen. Weil sie fürs Wörtchen ist und sie gern anpustet. Na, und da dachte sie sich das ganz prächtig, mit den Armbändchen. Wie soll würde ihr Karlsheim darum ausschauen? Denn es sollte selbstredend ein Bau werden.

Sie ließ sich also von der Wöckelin in die Fabrikation des Armbändchens einnehmen, fuhr in die Stadt, kaufte einen Strang blauer Seide, fuhr wieder heim, ließ alles stehen und liegen und hökeln darunter. Am Abend war sie fertig mit dem ersten Armbändchen. Als Herr Junk nach Hause kam, schwang ihm seine Gattin ein schwarzes Ringelchen unter die Nase. Es war nämlich nicht mehr blau, aus. Die Güte war vor lauter Sich-Müh-e geben ins Schwanken geraten. Dann gingen Junk in ein Gasthaus essen. Liesbeth hatte doch keine Zeit gehabt zum Kochen.

Im Gasthaus packte sie ihre Hakenlöffel aus und arbeitete weiter. Das Strängchen reichte nicht. Um ein Paar Armbändchen herzustellen, benötigte es eines zweiten Strängchens blauer Seide. Am frühen Morgen fuhr Frau Junk in die Stadt und ergänzte ihren Vorrat an blauer Seide. Dann stieg sie sich von neuem in das Laster des Hökeln des Armbändchens. Gegen Abend war das erste Paar fertig. Die junge Frau Junk würde Karlsheim darum ausschauen!

Von der Seide blieb etwa die Hälfte übrig. Erna, die Freundin, hatte wiederholter geduscht, man läßt heutzutage nichts unkommen lassen. Jedes Hökchen sei wertvoll. Was macht man mit einem angeschnittenen Strang hellblauer Seide? Verwendet werden muß sie, das steht fest. Ein deutscher Versuch zur Sparhandlung ermachte in Frau Liesbeth Junk. Eine Säume nahm sie das zweite Paar Armbändchen in Angriff. Und hökelt bis der Strang aufgebraucht war. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Von dieser blieb ein Teil übrig. Liesbeth begann ein drittes Paar Armbändchen. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Und begann das vierte Paar Armbändchen. Von der Seide blieb ein gut Teil übrig. Liesbeth begann das fünfte Paar Armbändchen. Und kam sich bei allem noch mehr Mühsamkeit praktisch vor.

Sie hökelt blindlings von früh bis in die Nacht. Sie hökelt ein Paar Armbändchen nach dem anderen. Sie kümmerte sich um nichts in der Welt. Sie hökelt. Ihr Denken kreist unabrebar um die Begeisterung Karlsheim — niedlich — Seide — spartam fein! Sie hatte keine Zeit, Hemden und Bergleinen zu nähen. Beim hökeln des 23. Paars wurde sie von Webern überredet. Sie hatte sich am Eides Stift in den Kopf gesetzt, zwei Dutzend Armbändchen fertig zu bringen. Sie rauschte vor Orgelz. Als das Kind ankam, war das 24. Paar zu einem Viertel

Deutschen gegen die Sanktionen aus. Sie ließen Vorgänge in Ungarn erdrücken sie als eine innerpolitische Frage Ungars.

Zu der Debatte beteiligten sich noch mehrere Abgeordnete. Zum Schluß antwortete Minister Dr. Benesch auf mehrere Anfragen, die an ihn in bezug auf die Sanktionen gestellt worden waren. Er betonte, daß die Tschechoslowakei sich hauptsächlich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten müsse. Die Regierung müsse einen solchen Weg einschlagen, der der internationalen Situation in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gerecht wird.

Die Klage des Ministers Hermes

Der Fall Ramm-Augustin.

Berlin, 15. April. Gestern begann vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I der Bekämpfungsprozeß, den Reichsnährungsminister Dr. Hermes gegen den verantwortlichen Redakteur des "Vorwärts" Dr. Bernhard Peiser angestrengt hat. Die Anklage wird von Staatsanwalt Heinz und Justizrat Werthauer übernommen. Reichsnährungsminister Dr. Hermes, der als Nebenkläger zugestellt ist und der Verhandlung bewohnt, wird durch Oberstaatsanwalt Gordon vertreten. Als Zeugen sind u. a. geladen Unterstaatsanwalt Ramm und Staatssekretär Dr. Haber, ferner als Sachverständiger Professor Jeschke, um festzustellen, ob der Brief Ramm's an den Minister Dr. Hermes, in dem Ministerial Augustin in der Beleidigung gezeichnet wurde, echt oder gefälscht sei.

Staatsanwalt Heine erklärte, auf den Sachverständigen verzichten zu wollen, da der Prozeß des Ernährungsministers gegen die Magdeburgische Zeitung erwiesen habe, daß Staatssekretär Ramm tatsächlich wie er immer behauptet, den Brief an Minister Dr. Hermes am 7. Mai geschrieben und abgeschickt habe. Geh. Rat Gordon erklärte dagegen, auf den Sachverständigen verzichten zu können, da die Behauptung, der Brief des Staatssekretärs sei im Ernährungsministerium geschickt worden, verschwinden müsse.

Justizrat Werthauer erinnerte jedoch, daß eine kurze Unterbrechung der Verhandlung um die Strafanklage Dr. Augustins zu erkennen sei könne. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung teilte der Vorstehende mit, daß der Zeuge Engelke vom Ernährungsministerium infolge einer Blinddarmanstrengung nicht vor Gericht erscheinen könne. Staatsanwalt Heine stellte daraufhin den Antrag, die Verhandlung zu vertagen, da er auf den Zeugen Engelke keineswegs verzichten könnte. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Rast und vertagte dann die Verhandlung auf Montag, den 8. Mai.

Die ungliche Besoldung der Eisenbahner

Berlin, 15. April. (Druckschrift unserer Verfassung) Unter den preußischen, badischen, sächsischen und oldenburgischen Eisenbahnerbeamten und -arbeitern ist zur Zeit eine Bewegung im Gange, die bei weiterer Ausbreitung der Verrechtlichung der Eisenbahn nicht gerade förderlich sein kann. Bei der Regelung der Besoldungsreform, besonders bei der Besoldungsabstufung hat Bayern und Württemberg für seine Beamten gewisse Sondervorteile herausgehoben, die sich mit dem Wesen der Besoldungsreform unmöglich vereinbaren lassen. Man nahm fast allgemein eine Fortdauerung des Beamten-Dienstalters vor und erreichte auf diese Art und Weise, daß in Süddeutschland mit Ausnahme Bayerns Beamte gewisser Kategorien so in eine höhere Gehaltsstufe eingegliedert wurden, als es sonst im Reich der Fall gewesen ist. Die sehr langwierigen Verhandlungen haben schließlich dazu geführt, daß Bayern und Württemberg auf Grund der im Staatsvertrag bezüglich der Übernahme der Eisenbahn aus dem Reich vorgenommenen Klausel von den allgemeinen Abmachungen zurückgetreten sind. Die preußischen, badischen und sächsischen Eisenbahner fühlen sich nun durch die den süddeutschen Beamten gegenüberstehenden finanziellen Vorteile geschädigt und glauben, daß sie bei einem Juristentreten vom Reichsdienst in den Dienst ihrer Länder gleiche oder ähnliche Vorteile erlangen könnten wie die süddeutschen Eisenbahner. Die Großorganisationen haben als Vertreter der Beamten und Arbeiter im Reichsverkehrsministerium wie auch der Reichsregierung über die Stimme unter den Beamten Mäßigung gemacht. Die Verhandlungen mit den zuständigen Vertretern der Reichsbahnen haben bis jetzt kein positives Ergebnis gezeigt, und so ist eine gewisse Spannung der Lage eingetreten, umso mehr, als nun die Reichseisenbahner verlangen, daß ihre Besoldung der süddeutschen Beamten angepaßt werden.

Am Sothe der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Kranz niederlegen lassen, der die Inschrift trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

sichtig. Der Strang war zu Ende. Das Kind wurde im Papier-Servietten gewickelt. Es war ein Mädchen.

Aus Ernst von Possart's Erinnerungen. In seinem biblischen Memoirenbuch "Erstes und Erstes" berichtet der längst verstorbenen Ernst v. Possart auch allerlei Interessantes über seine verschiedenen Kollegen. Schon ist die folgende Anekdoten, davon baldin Constanze Dahn, die berühmte Münchner Künstlerin und Mutter des Dichters Feodor Dahn, ist. Als Possart 1884 an das Münchner Hoftheater kam, war Frau Dahn bereits 50 Jahre alt. Possart lobt sie als alte Frau in der "Will" der "Götter" der Dichter und war entzückt. Als er wenige Tage danach der Künstlerin einen Besuch machte, fragte er sie bewundernd: Durch welche künstlichen Mittel gelang es Ihnen, gnädige Frau, einen jahrlangen Mund zu produzieren und die zielende Sprache? Frau Dahn lachte. Durch welche künstlichen Mittel? Durch, daß ich die künstlichen Mittel benutzt habe — so! Und sie griff in den Mund und hielt die Kästchen künstlichen Zahnen in der Hand. Da haben Sie den ganzen Jausen! Wer an alt's, gebrauchtes Wäßche spricht im prof

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Freitag, den 15. April

Zweite Abend-Ausgabe

115. Jahrgang. 1921

Severing über die Märzunruhen

Wahrbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 15. April.

In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages wurde nach Erledigung kleiner Anfragen die Beratung über die

Unruhen in Mitteldeutschland

fortgesetzt. Das Wort nahm, von einzigen kommunistischen Abgeordneten mit dem Zettel "Lump" (VfL-Rafer bei den Sozialdemokraten) empfangen,

Minister des Innern Severing:

Der Abg. Graef hat unterlassen, in seiner gestrigen Rede anzugeben, welche rechtsgerechten Zeitungen auf die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes am Freitag gemacht haben. (Abg. Graef: Die Deutsche Tageszeitung und die Deutsche Zeitung.) Hätte er mit den Nachweis gejagt, daß der Aufstand vorher angekündigt worden ist, dann würde ich sogleich der Sünde sein, die mir von der rechten Seite vorgeworfen wird. Aber der Abg. Graef hat sich

auf unbeweisbare Zeitungsnachrichten verlossen.

Die dort übergegebenen Berichte sind der Staatsregierung allerdings bekannt; aber wenn die Regierung auf alle solche Spionageberichte hereinfallen wollte, wäre sie rasch erledigt. (Burkhardt rechts: Hoffentlich ist sie bald erledigt!) Diese Berichte sind durch Leute zur Verfügung gestellt, die ein Gewerbe daraus machen, beratige Sachen zu verbreiten. (Der Minister verläßt dann einige Stellen aus kommunistischen Aufmarschplänen.) Es kommt aber nicht allein aus die Pläne, sondern auch auf die Ausführung an, und da haptet es! Diese Pläne haben also eine

Voraussetzung: die Beleidigung der Reichswehrformationen an dem Punkt. Woher haben die Kommunisten die zahlreichen Vertrauensleute bei den Reichswehrgruppenkommandos? Ich bin von der Größe der Gefahr der kommunistischen Bewegung vollkommen überzeugt und bin gewillt, ihr mit allen Kräften entgegenzutreten. Ich sehe aber keine weichen Maßnahmen wie Sie (nach rechts: Lohse rechts). Ich bin für die Naturart der Dinge bei der Bekämpfung der Unruhen von rechts und links; ich muß es mir aber vorbehalten, die Maßnahmen und Warnungen auf ihre Echtheit hin zu prüfen. Wenn ich beispielhaft auf die Berichte der "Leipziger Volkszeitung" hereingefallen wäre, so hätten wir in Berlin einen sehr unruhigen Sonntag erlebt. Es handelt sich um Arbeit von Leuten, die für ihre Auftraggeber bezahlt werden. Die Vorbereitungen (für Rechten), die von Ihrer Seite getroffen worden sind, waren mindestens ebenso gefährlich wie die Vorbereitungen der Kommunisten. (Große Erregung bei den Deutschen Nationalen; in dem anhaltenden Lärm, der auch durch Gegenhandlungen der Linken entsteht, geht ein großer Teil der Rede des Ministers verloren.) Ich bin seit meiner frühesten Jugend Gegner der konservativen Partei gewesen, habe mir aber immerhin einen gewissen Respekt für die aristokratische Weltanschauung bewahrt. Die Linken aber, das die Deutschnationale Partei von Karboff, dem Vetteren (Welcker rechts) und Heubelbrand von der Lüne auf Herrn Graef gekommen ist, ist eine geistige Bankrotterklärung. (Stürmischer Beifall links; große anhaltende Unruhe rechts; Abg. Graef macht fortgesetzte Erregung. Zwischenrufe.) In einem Augenblick, in dem die Feinde des deutschen Volkes mit neuen Maßnahmen hervortreten, hält Herr Graef hier eine Hetze. (Großer Lärm rechts; Abg. Graef ruft fortgesetzt: Sie behaupten Sie behaupten!) Die Rede Graefs war nichts weiter als eine Zusammenstellung von Zeitungssügen. Einverstanden bin ich aber mit dem Satz des Herrn Graef, daß es kein Wunder ist, daß in der Gegenwart von Leuna solche Zustände sich entwickeln haben. (Abg. Graef: Das ist für mich blamabel! Gelächter.) Es ist in der Tat kein Wunder; denn in dem Gebiet Halle-Merseburg hat sich in den letzten Jahren

eine geradezu amerikanische Entwicklung

abgespielt. 1915 wurde das Leunawerk gegründet und mußte sich auf Arbeiter stützen, die infolge des Krieges vielfach geworden waren, und aus dem ganzen Reich in Leuna zusammengezogen, also bedenkenlos wurden. (Burkhardt rechts: Das lag an der schlechten Verwaltung!) Wenn Sie die Verwaltung des Jahres 1915–1918 als schlecht bezeichnen, so stimme ich Ihnen durchaus zu! (Stürmischer Heiterkeit links; große Unruhe rechts.) Eine vorsichtige Regierung hätte der Lage durch kleinere Verwendung von Polizeikräften Rechnung getragen. (Hörst. (bei den Kommunisten).) Wollen Sie (zu den Kommunisten) dann die Wiederherstellung der Zustände von Mansfeld? Dort haben im Jahre 1909 die Arbeiter zum ersten Male versucht, wirtschaftliche Fortentwicklungen durchzuführen. Die Antwort gab man ihnen mit Maschinengewehren. Die dauernde Machtregierung und Niederknüppelung der Arbeiterschaft durch (nach rechts) Ihre Regierung haben zur Bildung des Reichs verholfen, der sich jetzt entladen hat. (Große Unruhe rechts; lobsame Beifall links.) Es kann nicht bestritten werden, daß es zu starken Entladungen nicht gekommen ist, wo die gewerkschaftlichen Organisationen ungestört arbeiten konnten. Die Behauptung des Abgeordneten Graef, Hörsing habe den Arbeitern, die ihre Waffen abliefern, Straffreiheit eingerichtet, ist eine Zeitungslüge. Die Wahlheit hat der Oberpräsident Hörsing in einer Erklärung ausberichtet.

Der Minister verläßt das Schriftstück, das folgenden Inhalt hat: Hörsing ist am Ostermontag von dem kommunistischen Redakteur Weiß nicht telefonisch angerufen worden, ob nicht eine unblutige Klärung der Situation herbeigeführt werden könnte. Hörsing hat erwidert, dies sei möglich durch sofortige Waffenlieferung und sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Jede Art von Verhandlungen hat er mit aller Einschließlichkeit abgelehnt. Auch gegenüber dem Major Wolter hat er erklärt, daß bei der Durchführung der Aktion jede Unterhandlung vermieden werden müsse. Der Major Wolter hat Hörsing später durch Fernsprecher verständigt, daß Abgesandte der Kommunisten bei ihm gewesen seien, und

daß er die Zusticherung gemacht habe, wer freiwillig seine Waffen abliefern, dessen Name solle nicht festgestellt werden. Das dieser Zusticherung des Majors Wolter sind die Zeitungsnachrichten über

das angebliche Amnestiever sprechen Hörsings

begündet. Hörsing hat aber den Major Wolter sofort erklärt, daß er mit seinem Verfahren durchaus nicht einverstanden sei. Der Reichsentwaffnungskommissar Peters selbst hat aber in Begegnung des Regierungspräsidenten von Gersdorff erklärt, daß bei dem Auftreten einer Kommission zur Durchführung des Entwaffnungsschachtes in der Weise verfahren werden könnte: Wenn der Ausschuß sein Erscheinen angekündigt hat, so soll er berechtigt sein, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die freiwillige Ablieferung der Waffen zu verlangen und den Ableser der Zeitung die Zusticherung zu geben, daß ihr Name nicht festgestellt werden würde. Diese Erklärung des Reichsentwaffnungskommis sars mag dem Major Wolter vorgeschnellt haben.

Der Minister führt dann fort: Bei Bekanntwerden des Amnestiever sprechens habe ich selbst den Oberpräsidenten sofort Anweisung erteilt, daß die gegebene Zusticherung sofort annulliert werden müsse (große Unruhe bei den Kommunisten). Ja, verlangen Sie (zu den Kommunisten) dann, daß wir in derselben Situation, in der Sie die Erziehung aller Gefangenen befehlen, mit Straffreiheit verfahren? (Erneute große Unruhe bei den Kommunisten.) Entweder verlangen Sie, daß man die Sprache Ihrer Organe und Abgeordneten ernst nimmt, oder Sie haben Sie als Ekelgeschöpf zu erkennen, damit man darnach keine Maßnahmen treffen kann. (Stürmischer Beifall.) (Schluß folgt.)

stehen kommen. — Die Furcht vor dem Leben und vor der Heiligkeit der Mutterheit würde vernichtet werden.

* **Strengere Überwachung der Polizei und der Polizeistände.** Der Minister des Innern hat soeben in einer Verfügung an die Unterbehörden angeordnet, daß die Überwachung der Polizeistände strenger als bisher durchgeführt werde. Veranlaßung hierzu hat der kürzliche Erlass des Reichspräsidenten über die Auswüche der Lustbarkeiten gegeben.* **Die Einführungskarte für Trauungen.** Der Kirchenvorstand der Marienkirche L-Stötter hat mit Genehmigung der Kircheninspektion beschlossen, künftig den Jüngsten zu Trauungen nur gegen Lösung einer Einführungskarte von 1 Kr. zu gestatten. Jedoch soll den Brautleuten eine Verwandte und Bekannte eine Anzahl Freikarten zur Verfügung gestellt werden. Der Ertrag der Karten wird für die innere Ausbildung der Kirche (Orgelprospektpleisten u. m.) verwendet werden. Der Besuch des Kirchenvorstandes wird ab 1. Mai d. J. in Kraft treten. Die Karten sind nur gültig für den jeweiligen Trautag. Sie sind möglichst am Tage vor der Trauung in der Kirchenkanzel zu lösen.

Riesenschließung oder Lustangebot

Wie uns zu unserer Meldung im heutigen Morgenblatt von zu Münster Stelle mitgeteilt wird, liegt die Anzeige über den von uns geschilderten Fall bei der diesjährigen Wohlhaberstypel schon seit einigen Tagen vor. Die Untersuchungen sind im Gange und werden, wie man uns mitteilt, fortgesetzt. Sobald sie klarheit geschaffen haben, wird Näheres über das Ergebnis mitgeteilt werden. Allem Anschein nach handelt es sich, wie in solchen Fällen, um ein Lustangebot.

* **Ergänzungsgesetz im außerordentlichen Zeitraum für Rentenempfänger.** Das Ergänzungsgesetz vom 7. April 1921: Das Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 26. Dezember 1920 (R. G. Bl. Seite 2315) ist durch ein aus der Mitte des Reichstags eingehobenes Ergänzungsgesetz vom 7. April 1921 – dessen Veröffentlichung im R. G. Bl. unmittelbar benotzt – abgelöst worden. Artikel 1 Nr. 1 dieses Ergänzungsgesetzes bringt eine Vorchrift zugunsten der Militärrentenempfänger; sie sollen nicht vom Bezug der Beihilfe überaupt ausgeschlossen sein, sondern die Beihilfe insofern erhalten, als diese die Militärsorgfaltung übersteigt. Die Vorchrift hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1921 ab. Die Festlegung des auszuhaltenden Betrages der Beihilfe geschieht durch den Verlegerungspräsidenten, der bis Ende gewählt (Art. 1 Nr. 1). Art. 1 Nr. 3 stellt ausdrücklich fest, daß die Beitragsmarken vom 20. Dezember 1920 ab auch in Fällen der Beitragsentrichtung für zurückliegende Zeiten zum doppelten Wert zu verkaufen sind.

Penklich, 15. April. 25 Jahre hindurch hat Herr Oberlehrer Konrad Haufe hier selbst seines Amtes als Kirchenältester gewaltet. Seine Verdienste um die Hebung der Kirchenmusik sind in weiten Kreisen bekannt. Der von ihm gegründete freiwillige Kirchenchor und der Kinderchor haben unter seiner Leitung Tressliches geleistet. So wird dem verdienten Manne anlässlich seines Ordensjubiläums noch vielen Seiten würdige Anerkennung zuteil. Am Sonntag, 17. April 1921, soll im Anschluß an die 400-Jahrfeier des Lutherbekenntnisses zu Worms, die um 10 Uhr beginnt, und durch Motetten des freiwilligen Kirchenchores, Posaunenbläser des Jungmännervereins vom Kirchturm verhöhnt wird, dieses Jubiläum in aller Schönlichkeit mitgefiebert werden. Der Kindergottesdienst, der ebenfalls der Wormsfest gewidmet ist, beginnt um 12 Uhr. Nachmittags 3 Uhr findet noch eine Wormsfestfeier auf der Spielwiese an der Otto-Schmidt-Straße statt. Bei schlechtem Wetter wird diese Feier in die Lutherkirche verlegt.

Die Aussperrung

in der Dresdenner Zigarettenindustrie beendet

Wie unser Dresdner Mitarbeiter erzählt, haben die am Donnerstag

nachmittag stattgefundene Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern der

Dresdenner Zigarettenindustrie und den Maschinenführern zu einer Einigung

geführt. Die Maschinenführer erhalten eine Julage von 65 M.

illionen, also künftig 415 M. abgesehen von der Qualitätsablage. Wie

wie früher hören, soll die am Mittwoch verfügte Aussperrung der

sämtlichen Zigarettenarbeiter in Dresden wieder aufgehoben und die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen werden.

Nördlich, 15. April. In der Kunigundenkirche befindet sich nur noch eine Glocke, die beiden anderen mußten dem Kriege geopfert werden. Es werden nun in Kürze an deren Stellen neue kommen. Ein Nachbar hat die Mittel für die zwei neuen Glocken gespendet. Für den Glockenstuhl, in dem das ganze Geläut untergebracht werden wird, benötigen die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung den Betrag von 10 000 Mark. Von den Sozialdemokraten stimmten nur die beiden Abgeordneten gegen die Forderung.

Schwarzenberg, 15. April. Die Stadtgemeinde Schwarzenberg beschließt den "Lehnberg" als neues Stadtviertel durch eine großzügig angelegte Kleinbausiedlung zu bebauen. Zur Errichtung von geeigneten Plätzen für die Bebauung wurde ein eingerichteter Wettbewerb unter namhaften Architekten ausgeschrieben. Aufgefordert wurden: Architekt Alfred Liebig-Leipzig, Prof. Oskar Hempel-Dresden, Architekt Willy Schönfeld-Chemnitz und der Architekt Adler, Rauchburg und Ring in Schwarzenberg.

Ein Streik der Kartens- und Kegelspieler

Lucia S., 15. April. Ein nicht offizieller Streik ist im kleinen Städlein ausgebrochen, der groteske Formen angenommen hat. Stadtrat und Stadtverordnete haben auf der Suche nach neuen städtischen Steuern, der Rat gehorcht, auch eine Kartens-, Kegel- und Billardspiel-Schule mit dem Sohne von 25 Pfennigen für die Teilnahme an einem solchen Spiele in öffentlichen Räumen eingeführt. Darauf haben die Kartens- und Kegelspieler den Einschluß gefordert, in der Weise zu streiken, daß sie entweder gar nicht mehr spielen, das sind aber die wenigsten, oder auswärts dem edlen Spiele bürgerlich wollen; sie führen zur freien Abtreibung eines jeden Teils der Kegelbuden, das ist, wenn sie eine Einführung der Kegelbuden bei derzeitigen Kegelbuden zu verhindern. Auch der zweite Anteil bedeutet, abzugehen davon, daß er den Paragraph 220 bestehen läßt (Abtreibung der Kegelbuden einer Schwangeren ohne deren Wissen und Willen) die die Kegelbuden bei derzeitigen Kegelbuden zu verhindern. Die schwankende Freigabe der Abtreibung bedingt gesundheitliche, bevölkerungspolitische und militärische Gefahren.

Gänseringenwesen in Berlin.

Als der Vertreter M. aus der Prenzlauer Allee nachts um 1 Uhr über den Pioniersplatz kam, stellte plötzlich an einer besonderen Stelle zwei Männer über ihm her, schlugen ihn zu Boden, raubten ihm die Brieftasche mit 600 Mark und seinen Ausweispassieren. Bevor der Überfallsteile der Hilfskräfte herbeizogen konnte, ergrißten die Räuber mit der Faust die Flucht und entkamen. Der Verlorde kann nicht beschreiben.

Erfurt, 15. April. Schenkt vorlagen. Die Ananias willigt nach Mittellung des Erfurter Nachrichtenamtes auch hier zu einer bauernfreien Suche nach neuen Steuern. Die Stadtverordneten lehnen jedoch die beantragte Hausangehörigensteuer ab und stimmen nur der Einführung einer Kraftfahrzeugsteuer sowie einer Änderung der Hundesteuerordnung mit wesentlich erhöhten Sätzen, einer Änderung der Grundsteuerordnung unter gleichen Gesichtspunkten sowie endlich der Einführung einer Schatzsteuer.

Leipzig, 15. April. Vernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Dr. Adelheid Windfuß am 14. April behandelt. Prof. Dr. med. Schäffler erörterte die erste öffentliche Frage als Frauenvorarl in geradem vorbildlicher Weise. Frau Stadt. Edith Mendelsohn Bartholdy ergänzte seine Ausführungen vom ethischen und rein menschlichen Standpunkte aus. Der Ausprache folgten Beamtin May, John, Frau Stadt. Dorothea Wurzen und Reichsstaatssekretär Prof. Dr. Goetze den beiden Referenten zu. Rechtsanwalt Barban und Staatsanwalt Hölder behandelten die juristische Seite des Problems. Frau Pollander versuchte sich die waren Erörterungen einzufügen.

Entscheidung

Die Annahme, die der Reichsstaatssekretär der Deutschen Demokratischen Partei unterbreitet werden soll:

Die vom Frauen-Arbeitsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufene, am 14. April 1921 im Großen Saal des Amtsgerichts tagende Versammlung spricht sich nach Auffassung der beiden dem Reichstag zugegangenen Abgeordneten von dem Reichstag gleichzeitig ganz aufheben will, der andere (Reichsstaatssekretär Nr. 10) die §§ 218 bis 220 des Strafgesetzbuchs ganz aufheben will, der andere (Reichsstaatssekretär Nr. 11) die Übertragung der Gesetzeskräft für nicht praxis erkläre, wenn

sie von der Schwangeren oder einem staatlich approbierten Arzt in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird.

Es wird anerkannt, daß Abänderungen der §§ 218 und 219 befreiend erscheinen. Aber die vorliegenden Anträge gehen weit über alle Bestrebungen hinaus, die aus sozialen Motiven, aus eugenischen Gründen oder für besondere Ausnahmefälle (Notzucht u. a.) die Vernichtung des heimenden Lebens gefordert wollen; sie führen zur freien Abtreibung eines jeden Teils der Kegelbuden, das ist, wenn sie eine Einführung der Kegelbuden bei derzeitigen Kegelbuden zu verhindern. Auch der zweite Anteil bedeutet, abzugehen davon, daß er den Paragraph 220 bestehen läßt (Abtreibung der Kegelbuden einer Schwangeren ohne deren Wissen und Willen) die die Kegelbuden bei derzeitigen Kegelbuden zu verhindern. Die schwankende Freigabe der Abtreibung bedingt gesundheitliche, bevölkerungspolitische und militärische Gefahren.

I. Aus den sachverständigen ärztlichen Darlegungen ergibt sich: a) Die künstliche Fehlgeburt ist keineswegs ein harmloser Eingriff. Es können schwere Gesundungsstörungen eintreten (Blutungen, Verlebungen, Blutvergiftungen), die das Leben bedrohen oder dauernde Gesundheitsstörungen nach sich ziehen können, b) Bei uneingeschränkter Freiheit der Abtreibung würde die Zahl der Fehlgeburten und der mit ihnen verbündeten Gefahren ungeheuer anwachsen. c) Die fast unbegrenzte Häufigkeit der Fehlgeburten bei derzeitigen Frau muß früher oder später ihre Gesundheit untergraben. d) Die Geschlechtskrankheiten würden durch die unmenschliche Verkürzung des freien Geschlechtsverkehrs in entschiedenem Maße weiterhin zunehmen.

II. Das sicher eintrittende starke Sinken der Geburtenziffer würde die Lebensbedingungen unseres Volkes keineswegs verbessern. Nur ein reichlicher Nachwuchs kann eine genügende Auslese wertvoller Kräfte zeitigen, die zum Aufstieg notwendig sind.

III. Bei dem bergigen Tiefland der Moräne in weiten Kreisen des Volkes würde es zu einem vollkommenen Verfall der Geschlechts-

Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Leipzig, 15. April.

* König-Friedrich-August-Mühlenwerke, Akt.-Ges., in Döbeln-Dresden. Die Gesellschaft war im Jahre 1920 wiederum vorwiegend für die Reichsgerechtsame beschäftigt. Die aufgenommene Vermählung von Ackerbahnen wurde im Ergebnis durch den Preissturz verlustbringend, doch war es durch Bankkredit möglich, bessere Zeiten abzuwarten. Der Rohgewinn stellt sich auf 1878 220 (L. V. 614 871) M. Bei Abschreibungen von 156 002 (61 198) M. verbleibt ein Reingewinn von 141 732 (98 028) M. aus dem bekanntlich eine Dividende von wieder 8 Proz. verteilt werden soll. Eine Erhöhung des 2 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals auf 3 Mill. Mark dürfte in Kürze vorgeschlagen werden. Die Aussichten werden günstiger beurteilt. Das Unternehmen ist auf längere Zeit mit Aufträgen versorgt.

* Badberger Welt-Industrie-Akt.-Ges. in Bedburg. Die Generalversammlung beschloß eine Dividende von 25 Proz.; ferner wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 5 Mill. Mark beschlossen. Die neuen Aktien werden von der Deutschen Bank, Filiale Köln, übernommen und den alten Aktionären zu 140 Proz. angeboten. Über die Aussichten wurde mitgeteilt, daß diese wenig günstig seien, daß man aber dennoch hoffe, eine angemessene Verzinsung zu erzielen.

* Aachener Lederfabrik, Akt.-Ges., in Aachen. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der am 7. Mai d. J. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 40 Proz. und die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. Mark durch Ausgabe von 4000 Stammaktien vorzuschlagen. Die Aktien sollen zu 150 Proz. ausgestellt und den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 angeboten werden.

* Clemens Müller, Akt.-Ges., in Dresden. Die vorgeschlagene Dividende von 20 (L. V. 15) Proz. wurde von der Hauptversammlung genehmigt. Die Beschaffung ist gegenwärtig ausreichend.

* Metallwerke-Akt.-Ges. vorm. Luckau & Steffen in Hamburg. Das Unternehmen erzielte in 1920 einen Fabrikationsgewinn von 8706 930 (L. V. 139 585) M. Für Abschreibungen werden 1123 281 (242 327) M. veransetzt, darunter für Maschinen, die einen Zugang von 604 513 M. aufweisen. Aus 941 055 (350 206) Mark Reingewinn sollen bekanntlich 20 (15) Proz. Dividende auf 4 (2) Mill. Mark Kapital verteilt und 77 066 (23 204) M. vorgezogen werden. Das Gebäudekonto weist durch den Neubau einen Zugang von 1.71 Mill. Mark aus. Der Bestand an Waren und Rohmaterialien sitzt auf 3.27 (1.98) Mill. Mark, der Kassenbestand und das Bankguthaben auf 2.57 (1.41) Mill. Mark gestiegen. Debütoare erscheinen mit 2.05 (1.13) Mill. Mark, Krediteuren mit 0.64 (1.21) Mill. Mark. Das Kapital ist inzwischen auf 6.5 Mill. Mark erhöht worden; ferner wurden 2 Mill. Mark Obligationen gegeben.

* Eichweil-Rütinger Metallwerke, Akt.-Ges., in Ratingen. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Kapitalerhöhung um 2.1 auf 15 Mill. Mark, wobei 1.2 Mill. Mark 6proz. Vorzugsaktien mit zahlenmäßigen Stimmrecht sein sollen. Bis März sei der Geschäftsgang zufriedenstellend gewesen, dann habe aber der Auftragseingang nachgelassen. Die Verwaltung hofft, die Produktion erneut zu können. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Generaldirektor Reinhold Becker-Krefeld, Direktor Julius Becker-Krefeld, Direktor Karl Loer-Oberkassel, Direktor Hugo Klein-Mererbach, Generaldirektor August Wogenow-Krefeld und Dr. Eduard Weilenstein-Ratingen.

* Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin. In 1920 wurde ein Geschäftsgewinn von 9 457 640 (L. V. 8 042 287) M. erzielt. Hieraus werden 201 105 (315 973) M. für Abschreibungen auf Anlagen (Überweisung an das Anlage-Tilgungskonto) und 19 827 (7488) M. für Abschreibung eines Zuganges auf Inventarconti verwandt. Das bisherige Erneuerungskonto wird in Werkerhaltungskonto umgesetzt und mit 500 000 M. belastet, womit es auf 5 Mill. Mark ansteigt. Aus 4 631 201 (3 158 136) M. Reingewinn werden bekanntlich 14 (12) Proz. Dividende verteilt und 123 306 (156 820) M. vorgezogen.

An Handänderungen verzeichnet der Geschäftsbereich: Das Elektrizitätswerk Obertrügendorf wurde der nahegelegenen Sächsischen Elektrizitätswerke AG übertragen. Bitterfeld wird ab 1921 an das Elektrizitätswerk Saarow, Ahnatal, Aktienanteile übertragen. Das Sächsische Elektrizitätswerk und die Straßenbahn Hildesheim gehen mit 1921 an die Stadt über. Die Aktionäre an Aktien der Elektrizitätswerke und der Vertriebsgesellschaft in Saarbrücken wurde vorzugsweise die Elektrizitätswerke Craiova und Flesches stehen unter der Zwangswartung des rumänischen bzw. polnischen Staates.

Der Bestand an Effekten und Anteilen am G. m. b. H. hat sich auf 46.94 (30.36) Mill. Mark gehoben. Die Beteiligungen sind auf 7.84 (6.9) Mill. Mark gestiegen. Von den einschließlich 7.02 (7.02) Mill. Mark Bankguthaben mit 41.21 (29.77) Mill. Mark ausgewiesenen Debütoaren entfallen 27.18 (5.76) Mill. Mark auf Guthaben bei kontrollierten Gesellschaften, die ihrerseits aus den 40.06 (13.63) Mill. Mark Krediteuren 32.39 (6.06) Mill. Mark von der Gesellschaft zu fordern haben.

* Baderussische Eisenwerke, Akt.-Ges., zu Wetzlar. Der Aufsichtsrat schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 12 (L. V. 7 ½) Proz. vor.

* Diskontserhöhung in Österreich. Der Generalrat der Österreich-Ungarischen Bank beschloß eine Zinsfußerhöhung um 1 Proz. Es gilt daher ab 15. April für den Diskont von Wechseln, Warranten und Effekten ein Zinsfuß von 6 Proz. und für Darlehen auf Wertpapiere ein Zinsfuß von 7 Proz. Die noch in Geltung befindlichen Begünstigungen für die Belohnung von Kriegsanleihen bleiben aufrechterhalten.

Kapitalserhöhungen

Bank- und Wechselstufen-Akt.-Ges. Mercur in Wien um 120 auf 300 Mill. Mark.

Meßhaus Union, Akt.-Ges., in Leipzig um 0.5 auf 1 Mill. Mark.

Leipziger Börse am 15. April

Festverzinsliche Papiere

	heute	vorher		heute	vorher		heute	vorher		heute	vorher		heute	vorher	
3 ½. Reichsstädte	66.75	66.75	3% do. zerst.	66.75	66.75	3% Niedinger Hyp.	84.75	84.75	4% do. X-Y-E	101—	101—	4% do. S.	204—	204—	4% do. 1927
4% do. do.	64.53	64.20	4% do. zweite	68.50	68.50	4% do. 1928	101—	101—	4% do. 1929	101—	101—	4% do. 1930	101—	101—	4% do. 1931
5% do. do.	59.25	59.25	5% do. dritte	59.50	59.50	5% do. 1932	101—	101—	5% do. 1933	101—	101—	5% do. 1934	101—	101—	5% do. 1935
4,5% Reichsbank, 5% do. do.	80.40	80.40	4% do. vierste	71.50	71.50	4% do. 1936	101—	101—	4% do. 1937	101—	101—	4% do. 1938	101—	101—	4% do. 1939
5% do. do.	94.25	94.25	4% do. fünfte	95.25	95.25	4% do. 1940	101—	101—	4% do. 1941	101—	101—	4% do. 1942	101—	101—	4% do. 1943
3% Preuß. Cassels	53.75	53.75	4% do. sechste	53.75	53.75	4% do. 1944	101—	101—	4% do. 1945	101—	101—	4% do. 1946	101—	101—	4% do. 1947
2% do. do.	58.50	58.50	3% do. siebte	58.50	58.50	3% do. 1948	101—	101—	3% do. 1949	101—	101—	3% do. 1950	101—	101—	3% do. 1951
4% do. do.	69—	69—	4% do. 1952	103—	103—	4% do. 1953	101—	101—	4% do. 1954	101—	101—	4% do. 1955	101—	101—	4% do. 1956
3 ½. Städte, Renten	57.45	57.50	3% do. Gräfland	57.50	57.50	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, 7.75-7.75	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.75	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland	101—	101—	3% do. Gräfland
4 do. Städte, Renten	73.75	73.75	3% do. Gräfland	73.75	73.7										